Wilsdruffer Nachrichten

Tageszeitung

für den Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff

mit den Beilagen: Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Bezugspreis einschließlich der Beilagen beträgt frei ins Haus monatlich Mk. 2.—, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich Mk. 2.—. Für unverlangt eingehende Manuskripte ist Rückporto beizufügen, andernfalls übernehmen wir keine Garantie. Verlag: Wilsdruffer Nachrichten, Wilsdruff i. Sa. Druck: Clemens Landgraf Nachfolger, Freital. Leitung der Redaktion: Wilhald Stolle, verantwortlich für den Textteil: Ernst Braun, beide in Freital, für Anzeigen: Albert Schiller in Wilsdruff. Wir behalten uns aus technischen Gründen ausdrücklich das Recht vor, Anzeigen aus den Wilsdruffer Nachrichten auch in anderen Zeitungen unseres Verlages abzudrucken.

Hauptgeschäftsstelle: Wilsdruff
Dresdner Straße 62 • Fernsprecher: Nr. 446

Der Anzeigenpreis beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Reklamen die viergespaltene Petitzeile 80 Pfg. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig, bei verspäteter Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt bei verspäteter Zahlung, Klage oder Konkurs des Auftraggebers. Für Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, ebenso für die Richtigkeit von Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, wird keine Garantie übernommen. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streiks usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Lesegeldes. Erfüllungsort: Wilsdruff.

5 — Freitag, den 17. April — 1925

Weltpolitik und Weltwirtschaft

Eine Rede Stresemanns über die Wechselbeziehungen der Staaten

Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft sprach der Minister des Aeußeren Dr. Stresemann gestern abend im Ueberseeklub über Weltwirtschaft und Weltpolitik und führte u. a. aus: Letzten Endes entscheiden die großen Grundfragen der Politik über die Völkerschicksale. Aber zu keiner Zeit ist wohl diese Politik mehr von Wirtschaftsfragen beeinflußt als in der Gegenwart.

Der stärkste Ausdruck der engen Wechselwirkung zwischen Weltwirtschaft und Weltpolitik zeigte sich beim Dawes-Gutachten.

Sein Zweck war die Freimachung der Weltwirtschaft von fortgesetzter Bedrückung durch die politische Spannung der Reparationsfrage.

Deutschlands Stellung ist dadurch gekennzeichnet, daß wir heute noch viel enger mit dem Auslande verflochten sind als früher. Unsere Umwelt hat sich dabei seit dem Weltkrieg entscheidend geändert. Die Vereinigten Staaten sind der Weltgläubiger und der Weltbankier geworden.

In Europa sind große Wirtschaftsgebiete in kleinere Komplexe zerlegt worden. Dabei sind die ökonomischen Kraftquellen unwirtschaftlich verteilt.

Frankreich ist der größte Erzbesitzer und hat dabei die geringsten Kohlenlager. Paßschwierigkeiten, Zolltarife und Niederlassungshemmungen sind weitere Barrieren für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft.

Statt in Europa nach Kriegsende die Kräfte zum gemeinsamen Wiederaufbau zusammenzufassen, wurde der Krieg mit anderen Mitteln fortgesetzt, mit dem Erfolg der Zertrümmerung fast aller europäischer Währungen und mit einer Dauerkrise, die seit Jahren auf Europa und der Weltwirtschaft lastet.

Während die internationale Kaufkraft weit hinter der Vorkriegszeit zurückgeblieben ist, hat die Produktionsfähigkeit der Weltindustrie eine erhebliche Steigerung erfahren. Die deutsche Produktion steht dabei vor der schwersten Aufgabe. Sie soll die höchsten Ueberschüsse erzielen, und hat doch die wichtigsten Rohstoffgebiete verloren.

Mit ernster Besorgnis müssen wir die Vorgänge verfolgen, die darauf hinzielen, daß eine Zusammenfassung unerläßlicher Rohstoffgebiete im Machtbereich weniger Staaten angestrebt wird. Ueber die früheren machtpolitischen Mittel verfügen wir nicht mehr. Wir können nicht mehr wie früher den Kaufmann der Flagge folgen lassen.

Das einzige wirkliche Machtinstrument, das wir noch besitzen, ist unsere Konsumkraft.

Jetzt scheint es, als wenn an die Stelle der bisherigen Parole „Krieg und Untergang dem Konkurrenten!" sich das Bestreben durchsetzt habe „Zusammenarbeit mit dem Konkurrenten".

Dabei ist das Prinzip einer Abschließung des deutschen Marktes durch Hochschutzzölle völlig unmöglich.

Die Verarmung des deutschen Volkes gibt keine genügende Basis für den Absatz der deutschen Produktion. Ohne Steigerung des Exportes ist die Lösung der Reparationsfrage unmöglich. Gegenüber der Balkanisierung Europas erhebt sich die Frage der Vergrößerung einheitlicher Wirtschaftsgebiete als entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft.

Auch Zollunionen haben wir nach meiner persönlichen Meinung weniger zu fürchten, als die Abschließung Europas in einzelne ökonomische Wirtschaftsgebiete.

Schließlich bleibt auch unsere wirtschaftliche Entwicklung abhängig von der Weltpolitik. Wir sind durch die Machtpolitik anderer bis auf die heutige Stunde bedroht. Richtlinien unserer Außenpolitik können nur sein:

Sicherung der Grenzen des Reiches, freie Entwicklung im Inneren und Sicherung des Friedens zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse.

Machtpolitische Gesten waren schon zu einer Zeit verfehlt, wo wir die Macht besaßen. Ehre und Würde des Deutschen Reiches haben nichts zu tun mit starken Worten, sondern werden am besten gewahrt durch sachliche Arbeit und Pflichterfüllung. Was wir wollen, ist nur, daß man uns in Frieden läßt, daß wir uns in Ruhe wieder aufrichten können, um die Wohlfahrt unseres Volkes zu sichern und die übernommenen Pflichten gegen die anderen ausführen zu können.

Die Grundlagen dieser Außenpolitik können auch durch ein Volksvotum über innerpolitische Anschauungen nicht geändert werden.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung, die wir erhoffen, kann sich nur vollziehen auf der Grundlage der heutigen Staatsform. Sie ist zu verteidigen gegen jeden, der sich vermißt, uns in den Kampf einer Abänderung hineintreiben zu wollen.

Das Ausland braucht weder zu fürchten, noch zu hoffen, daß eine innere Zerreißung in Deutschland eintritt, sondern es kann, unbeschadet um den Streit der Parteien, auf eine gesunde und vernünftige Entwicklung der deutschen Verhältnisse vertrauen.

Painleve—Briand—Caillaux

Das Kabinett Painlevé zusammengestellt

Die Ministerliste

Die amtliche Ministerliste weist folgende Namen auf:

Ministerpräsident und Kriegsminister Painleve,
Außenminister Briand,
Inneres Schrameck,
Finanzen Caillaux,
Marine Chaumet,
öffentlichen Unterricht Emile Borel,
Arbeitsministerium Lavalle,
Justiz Steeg,
Handel Loucheur,
öffentliche Arbeiten de Monzie,
Pensionen Auterson.

*

Painlevé rechtfertigt die Berufung Caillaux'

Havas verbreitet folgende Mitteilung: Painleve beschäftigte sich heute besonders mit der Frage, welche Aufnahme sein Kabinett im Parlament finden werde für den Fall, daß Caillaux das Finanzministerium übernehme. Painleve will nicht, daß diese Ernennung so ausgelegt werde, als sei sie auf politische Erwägungen zurückzuführen, weil sie in diesem Falle die politische Entspannung zwischen Kammer und Senat verhindern könne. Wenn Painleve die Mitarbeit Caillaux' wünsche, so geschieht es aus ähnlichen Gründen wie denen, die es ihm wünschenswert erscheinen ließen, sich die Mitarbeit Briands zu sichern. Er vertritt den Standpunkt, daß dies der geeignetste Mann sei, die Außenpolitik Frankreichs zu leiten,

wie Caillaux seinerseits am ersten dazu berufen erscheine, angesichts der Lage, deren Ernst niemand ableugnen könne, an die Spitze der Finanzen zu treten.

Painleve hofft, daß diese Gründe verstanden würden und es ihm möglich gemacht werde, ein Ministerium auf den Grundlagen zu bilden, auf denen sich das Vertrauen der Mehrheit der Kammer und des Senats aufbauen könne.

*

Die Radikalen für Caillaux

Nach der gestrigen Anhörung von Caillaux durch die radikale Fraktion der Kammer wurde eine Vertrauensentschließung für ihn angenommen. Er erklärte nach seiner Unterredung mit Robineau, daß er als Finanzminister die Budgetausgaben herabsetzen und eine demokratische Steuerreform einführen werde.

*

Ein Anschlag auf Caillaux?

Gestern mittag soll angeblich am Quai d'Orsay ein Mann verhaftet worden sein, der einen Anschlag auf Caillaux plante. Man habe bei ihm einen Revolver gefunden.

Aus dem polizeilichen Verhör ergab sich, daß man es höchstwahrscheinlich mit einem Geisteskranken zu tun hat. Er wurde dem Gefängnislazarett überwiesen.

Der neue Militärkontrollbericht

Inmitten des Präsidentenwahlkampfes bahnen sich jetzt neue außenpolitische Ereignisse an, die unmittelbar nach dem 26. April in den Vordergrund treten werden. Der Bericht über die Militärkontrolle in Deutschland ist der Botschafterkonferenz unterbreitet worden, die im Laufe der nächsten 14 Tage fast ausschließlich über die Entwaffnungsfrage beraten wird. In den deutschen Regierungskreisen ist man jetzt gespannt darauf, ob sich die alliierten Regierungen dazu entschließen werden, den Bericht zu veröffentlichen. Ursprünglich waren auf Grund der Mitteilungen der Kontrollkommission in der französischen Presse schwere Vorwürfe gegen Deutschland erhoben worden, die damit begründet wurden, daß die Militärkontrolle angeblich sehr ernste Verfehlungen Deutschlands festgestellt habe. Wenn diese Verfehlungen wirklich so ernster Natur sein sollen, so wäre es nach Auffassung der deutschen Regierung ein Ding der Selbstverständlichkeit, daß der Bericht der Oeffentlichkeit übergeben wird, denn man könne doch unmöglich Deutschland beschuldigen wollen, ohne das Anklagematerial in allen seinen Einzelheiten mitzuteilen. Weiterhin wird in den deutschen Regierungskreisen daran erinnert, daß nunmehr schon über zwei Monate vergangen sind, ehe die interalliierte Militärkommission zur Fertigstellung ihres Gutachtens gelangt ist.

Auf Grund der in Berlin vorliegenden Mitteilungen nimmt man an, daß es sich jetzt um einen neuen gutachtlichen Bericht der interalliierten Militärkomités handelt, die auf Grund der Mitteilungen der Kontrollkommission eine gutachtliche Feststellung über die Schwere der angeblichen deutschen Verfehlungen getroffen haben dürften. Die außenpolitischen Verhandlungen würden demnach durch die Entwaffnungsfrage ein gänzlich neues Gesicht erhalten. Man wird voraussichtlich die Diskussion über den Sicherheitspakt zurückstellen, man wird außerdem die Erörterung der Völkerbundsfrage abscheiden und eine Zeit lang einzig und allein die Beschuldigungen der Militärkontrollkommission gegenüber Deutschland vorbringen. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die Reichsregierung in eine schwierige Position gebracht wird, die namentlich auf die Gestaltung der Verhandlungen über die Sicherheitsfrage einen außerordentlich starken Einfluß ausüben würde.

Wie wir hören, sind die diplomatischen Unterhandlungen über die Sicherheitsfrage seit mehr als drei Wochen vollständig unterbrochen. Der Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft hat die alliierten Regierungen veranlaßt, Deutschland seinen eigenen inneren Angelegenheiten zu überlassen und jede Erörterung mit der Bemerkung abzustreiben, daß vor der Präsidentenwahl in Deutschland keine Möglichkeit bestehe, mit einer deutschen Regierung zu verhandeln, für deren Dauerhaftigkeit keine Gewähr bestehe. Hierzu kommt noch, daß die von deutschnationaler Seite gegen die Politik Dr. Stresemanns erhobenen Bedenken auch in Deutschland selbst die Notwendigkeit ergeben haben, die Haltung des Reichskabinetts zu den Sicherheitsfragen mit der Einstellung der hinter der Regierung stehenden Parteien in Einklang zu bringen, damit die außenpolitischen Verhandlungen nicht infolge innerpolitischer Schwierigkeiten gestört werden könnten. Der Außenminister Dr. Stresemann wird denn auch nach der Reichspräsidentenwahl den Versuch machen, den Standpunkt der deutschen Regierung endgültig festzulegen und die Zustimmung aller Parteien zu erreichen.

Freigabe des Rundfunks für Ansprachen der Wahlkandidaten

Die Reichsregierung hat auf Anregung des Reichsministers des Innern beschlossen, den Bewerbern um das Amt des Reichspräsidenten den Rundfunk zu Ansprachen an das deutsche Volk freizugeben. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß die hinter den Bewerbern stehenden Parteien oder Gruppen keine gewaltsame Aenderung der Verfassung anstreben.

Vom Reichsblock wird hierzu mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung den Rundfunk für die Bewerber des Postens des Reichspräsidenten im zweiten Wahlgange freigegeben hat, wird Feldmarschall v. Hindenburg am Freitag vor der Wahl abends eine Rede halten, die über sämtliche deutschen Länder verbreitet wird.

Die deutschen Auslandsvertreter und die Kandidatur Hindenburg

Wie wir hören, haben die deutschen Botschafter und Gesandten an den auswärtigen Plätzen der Reichsregierung eingehend über die Wirkung der Kandidatur Hindenburg im Auslande berichtet. Das Auswärtige Amt lehnt es jedoch ab, diese Berichte der Oeffentlichkeit mitzuteilen, denn es könnte ihm sonst der Vorwurf gemacht werden, daß es in den Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft eingreife. Außenminister Dr. Stresemann hat von wirtschaftlichen und politischen Persönlichkeiten des Deutschtums im Auslande zahlreiche Mitteilungen erhalten, von denen ein Teil die Kandidatur Hindenburg begrüßt, der andere energisch gegen sie Stellung nimmt.

Die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft

(Eigener Informationsdienst.)

Der Bericht des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus über die schwierige Lage der Wirtschaft, der am Mittwoch vor dem Haushaltausschuß des Reichstages vorgetragen wurde, hat auf die politischen Kreise einigermaßen beruhigend gewirkt. Namentlich die Meldung, das gänzliche Stocken der Kreditverhandlungen im Auslande haben dazu beigetragen, daß ernste Gerüchte verbreitet sind. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, trifft es zu, daß infolge der durch den Präsidentenwahlkampf in Deutschland geschaffenen unsicheren Lage eine momentane Erschwerung eingetreten ist, die sich nach Auffassung der Berliner Regierungskreise aber nach dem 26. April in kurzer Zeit wieder beheben lassen wird.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF